

	Antrags-Nr.	
	0929-AT/2017	

Antrag

Herr
Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender der
NPD-Stadtratsfraktion

Betreff
Antrag der NPD-Stadtratsfraktion - Gleiche Hundesteuer für alle Hunde

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	28.11.2017	

I. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, dem Stadtrat zur ersten Sitzung des Jahres 2018 eine neue Hundesteuersatzung vorzulegen. Diese Satzung soll zum 1.1.2019 Inkrafttreten.
2. In der neuen Hundesteuersatzung entfällt die Regelung, wonach für sog. „gefährliche“ Hunde ein erhöhter Steuersatz aufgerufen wird. Für bislang als „gefährliche“ Hunde eingestufte Tiere wird ab Inkrafttreten der neuen Satzung der für alle anderen Hunde geltende Steuersatz erhoben.
3. Die Satzung soll Regelungen über die Einführung eines sogenannten Hundeführerscheins bei bestimmten Rassen enthalten.

II. Begründung

Die Große Koalition in Thüringen und die CDU-Landtagsfraktion haben sich auf eine Abschaffung der Rasseliste geeinigt. Überzeugt wurden sie durch die Argumente verschiedener Sachverständiger. Die Rasseliste ist ungeeignet, um den Schutz vor potentiell gefährlichen Tieren zu erwirken. Diese Einsicht sollte sich auch in Eisenach durchsetzen. Steuergerechtigkeit, wovon die Oberbürgermeisterin im Zusammenhang mit der Hundebestandsaufnahme oft sprach, wäre dann durch eine gleiche Besteuerung aller Hunde zu erzielen.

Es gibt keine pauschal gefährlichen Hunderassen. Eine Regelung, wonach alle Hunde bestimmter Rassen nicht widerlegbar als gefährlich eingestuft werden und an die für den Hundehalter nachteilige Folgerungen geknüpft werden, verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 I Grundgesetz. (vgl. VG Mannheim, Az.: 1 S 2214/98).

Probleme entstehen allein beim Halter. Deshalb sollte die Satzung auch regeln, dass Halter bestimmter Rassen, so z.B. der bislang als „gefährlich“ geltenden Arten, ihre persönliche Eignung für die Haltung nachweisen müssen und ihnen bei fehlenden Voraussetzungen die Haltung untersagt werden kann.

In Eisenach waren zum 30.6.2017 neun sogenannte „gefährliche“ Hunde registriert. Die Mindereinnahmen würden daher derzeit bei 4.644 Euro jährlich liegen. Diese Mindereinnahmen sind im Haushalt 2019 dementsprechend darzustellen und auch vor dem Hintergrund der durch die Hundebestandsaufnahme erzielten Neuanmeldungen verkraftbar.

Herr
Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender der
NPD-Stadtratsfraktion